



Interviews

Datum: 12. Oktober 2023

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Anke Rehlinger (SPD), Ministerpräsidentin des Saarlandes

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich jetzt Anke Rehlinger von der SPD. Sie ist die Ministerpräsidentin des Saarlandes. – Schönen guten Morgen, Frau Rehlinger.

Anke Rehlinger: Einen schönen guten Morgen.

Heckmann: Frau Rehlinger, Christian Lindner fordert eine Wende in der Flüchtlingspolitik, und tatsächlich werden jetzt erhebliche Änderungen erwartet. Knickt die SPD jetzt vor dem Druck der AfD ein?

Rehlinger: Nein, das ist kein Einknicken, sondern das ist das nüchterne Betrachten der Realität und das entsprechende politische Reagieren darauf, und das ist ja auch das, was die Bürgerinnen und Bürger letztendlich von verantwortlicher Politik erwarten. Wir haben schon eine Situation, bei der man sagen muss, wir kommen an Belastungsgrenzen. Einige sagen, sie hätten die schon erreicht. Vor allem die Kommunen tragen eine Hauptlast. Wir müssen, glaube ich, jetzt einfach feststellen: Mit dieser veränderten Situation müssen auch die Rahmenbedingungen so sein, dass wir einem wichtigen Prinzip Rechnung tragen können, nämlich wie schaffen wir es, unsere Hilfe bei denjenigen, denen sie zusteht, tatsächlich auf Dauer durchhalten zu können.

Heckmann: Brauchen wir eine Asylwende, wie Christian Lindner sie gefordert hat?

Rehlinger: Das ist keine Asylwende. Wir halten vor allem an wichtigen Prinzipien fest, nämlich dass diejenigen, die unsere Hilfe brauchen, sie letztendlich auch bekommen. Aber wir brauchen auch einen kritischen Blick darauf, auf die Dinge, die wir eigentlich schon geregelt haben, ob wir sie auch wirklich konsequent durchsetzen,

vor allem auch beim Thema Abschiebung. Dort beschließen wir in der Substanz nichts Neues, aber wir suchen jetzt nach Instrumenten, wie das, was schon mal beschlossen worden ist, tatsächlich auch durchgesetzt werden kann.

Heckmann: Hätte man das nicht schon viel früher machen können? Dann hätten Sie sich als SPD diese herben Niederlagen in Bayern und Hessen ersparen können.

Rehlinger: Es ist ein Vorschlag der gesamten Ampel-Regierungsfractionen und der Regierung als solches. Insofern ist das jetzt sicherlich richtig, dass man das auf den Weg gebracht hat. Wir haben in unseren Reihen bei den Ministerpräsidenten schon vor geraumer Zeit mal entsprechende Beschlüsse gefasst, wo wir gesagt haben, okay, wir müssen das Thema Rückführung, wir müssen das Thema Steuerung, wir müssen das Thema Außengrenzen, Dublin-Verfahren etc. viel stärker noch mal kritisch in den Blick nehmen.

Heckmann: Warum ist das vorher nicht passiert?

Rehlinger: Das ist nicht ganz einfach, diese Dinge sich so anzugucken, dass es am Ende auch tragfähige Lösungen gibt, und man muss auch dazu sagen, der Rahmen, den Nancy Faeser unter anderem auch auf europäischer Ebene mitverhandeln konnte, ist einer, der erst einmal so geschaffen werden musste, um dann die richtigen nationalen Maßnahmen mit einzubetten. Wichtig ist jetzt, das ist erkannt als Thema und es wird jetzt sehr ernsthaft daran gearbeitet. Ich halte das für richtig und sehr unterstützenswert.

Heckmann: Sie haben es jetzt erkannt. – Ihr Kollege Dietmar Woidke, der Ministerpräsident von Brandenburg, hat sich jetzt der FDP-Forderung angeschlossen, Geflüchtete nicht mehr mit Bargeld, sondern über eine Bezahlkarte mit Sachleistungen zu versorgen. Das soll den Anreiz reduzieren, nach Deutschland zu kommen, um ausgezahltes Geld dann an Familienangehörige in den Herkunftsstaaten zu überweisen. Ist das eine gute Idee? Bisher hieß es ja immer, das sei viel zu aufwendig und viel zu bürokratisch.

Rehlinger: Ob das abschließend eine gute Idee ist, rein technisch betrachtet, das versucht man gerade herauszufinden, indem der eine oder andere Modellversuch gestartet worden ist. Am Ende soll es tatsächlich auch helfen und nicht die Kommunen noch mehr belasten. Deshalb ist das, finde ich, sehr, sehr richtig mal auszuwerten, dort wo es angegangen worden ist, hat das gut funktioniert, hat es nicht funktioniert. Ich will mich dem nicht verschließen, aber ich glaube, wir müssen immer gucken, dass wir die Dinge machen und uns auf die konzentrieren, die gut funktionieren und tatsächlich auch Wirkung zeigen.

Heckmann: Weshalb haben Sie denn die Bezahlkarte in Ihrem Bundesland noch nicht eingeführt? Die Möglichkeit hat der Bund schon vor längerer Zeit geschaffen.

Rehlinger: Wir haben auch das gehört, was die Kommunen dazu gesagt haben, nämlich dass es erst einmal schon ein sehr bürokratischer Vorgang ist. Ich hoffe, dass jetzt in den Ländern, in denen die Versuche laufen, uns relativ schnell Erkenntnisse geliefert werden können, und dann kann man letztendlich darüber entscheiden, ob man das macht. Aber das Gute an Modellversuchen ist ja, dass man sie nicht flächendeckend macht, sondern dass man sie punktuell macht und sich dann es alle angucken können.

Heckmann: Das heißt, Sie sind da skeptisch, höre ich da raus.

Rehlinger: Ich bin offen! Ich bin ergebnisoffen in diesem Verfahren.

Heckmann: Denken Sie denn, wenn es praktikabel wäre, so eine Umstellung auf eine Chipkarte, dass das Menschen in nennenswerter Zahl wirklich davon abhalten wird, nach Deutschland zu kommen?

Rehlinger: Nein, das wird sie nicht in nennenswerter Zahl davon abhalten. Deshalb ist immer die Frage, was steckt alles in einem Gesamtpaket letztendlich drin, und deshalb bin ich auch sehr dafür, dass wir jetzt nicht Scheindebatten führen und uns auf die Wirksamkeit von Gesamtpaketen konzentrieren. Die Bundesregierung hat ein solches Gesamtpaket jetzt vorgelegt. Das ist, wie ich finde, sehr begrüßenswert. Ob

dem weitere Teilbereiche hinzukommen, das wird jetzt die Auswertung zum Beispiel bei den Chipkarten zeigen. Was ich aber auf jeden Fall sagen will ist, dass wir auch immer noch mal gucken müssen, was kann man vor Ort tun, was muss in der EU getan werden und was – das wird leider ein bisschen wenig diskutiert – muss man noch ansonsten tun, damit das Thema Fluchtursachen nicht ganz aus dem Blick gerät. Insofern ist das für mich immer noch ein Dreiklang, den wir miteinander zu diskutieren haben.

Heckmann: Das wäre sicherlich hilfreich. – Zu dem Gesamtpaket, von dem Sie sprechen, gehört auch ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber. In der Diskussion ist auch eine Arbeitspflicht für Asylbewerber - das hat Ministerpräsident Weil ins Spiel gebracht – im gemeinnützigen Bereich, aber auch für einfache Jobs in Krankenhäusern oder auf dem Bau zum Beispiel. Frau Rehlinger, ist es wirklich sinnvoll, Asylbewerber zu solchen Zwangsdiensten zu verpflichten?

Rehlinger: Ich finde zunächst einmal den schnelleren und einfacheren Zugang zum Arbeitsmarkt sehr sinnvoll, denn wir bemühen uns ja sehr, Fachkräfte für einige Bereiche von außen hier herzubekommen, und bemühen uns quasi nicht im gleichen Maße, diejenigen, die schon hier sind, in einen Arbeitsmarkt zu integrieren. Also ist das schon mal, wie ich finde, ein kluger Ansatz. Jetzt wird man gucken müssen, ob das auch zu den Bedarfen letztendlich passt, denn Arbeitskraft und Fachkraft und dann auch passend für den Bedarf, den es gibt, das ist kein Automatismus. Der nächste Schritt, den man sicherlich wird organisieren müssen, ist die Frage, Heranziehen zu gemeinnütziger Arbeit, die Abgrenzung, wie ist das, wenn ich Pflegearbeiten in einer Kommune im Grünbereich dort durchführen lasse. Es gibt auch – das muss man schon wissen – betriebswirtschaftliche Aspekte. Es gibt Unternehmen, die das für Geld anbieten. Insofern bin ich sehr dafür, dass wir es eher schaffen, sie in den Arbeitsmarkt hineinzuintegrieren. Dafür braucht es aber sicherlich auch noch mal die eine oder andere Vorleistung, vor allem auch, um sprachliche Hürden abzubauen. Aber ich finde, es ist auf jeden Fall ein kluger Ansatz.

Heckmann: Ein kluger Ansatz. – Eine Arbeitspflicht, Zwangsarbeit, passt das mit Ihren sozialdemokratischen Werten zusammen?

Rehlinger: Das hängt immer mit der entsprechenden Ausgestaltung zusammen. Natürlich müssen auch Ausnahmen definiert werden. Wir müssen in Rechnung stellen, dass Menschen hierherkommen, die teilweise traumatisiert sind. Bei ihnen wird man erst mal sehen müssen, dass wir sie stabilisieren. Insofern ist das eine Frage der konkreten Ausgestaltung und es kann dort, wo massive, vor allem auch psychische Gründe entgegenstehen, nicht ausgeblendet werden.

Heckmann: Aber bei allen anderen ginge es aus Ihrer Sicht?

Rehlinger: Ich halte das für einen gangbaren Weg.

Heckmann: Frau Rehlinger, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat noch ein anderes Fass aufgemacht. Er hat gesagt, man müsse am Ende vielleicht auch das Udenkbare noch mal diskutieren, ob die einzige Chance vielleicht sogar die Rechtsänderung ist bei der Verfassungsfrage des Grundrechts auf Asyl. – Was sagen Sie dazu?

Rehlinger: Das geht eindeutig zu weit. Ich glaube, wir haben dort sehr klar eine richtige und zutreffende Regelung gefunden, dass Menschen, die Schutz suchen und Gründe dafür haben, weil sie zuhause verfolgt werden, auch ein Recht haben müssen, aufgenommen zu werden in der Europäischen Union, und ich glaube, dieser Punkt muss intensiver noch bearbeitet werden, denn bislang ist es nun mal so, dass Deutschland einen großen Anteil dessen trägt, was wir an Humanität in Europa leben wollen. Wenn das unsere Grundsätze in Europa sind, dann brauchen wir dort, so wie es jetzt angelegt ist, auch Verteilmechanismen, die funktionieren, damit die Last vernünftig getragen werden kann. Der Vorschlag von Herrn Söder geht an der Stelle dann doch zu weit.

Heckmann: Viele Kommunen sind überfordert, Sie haben es gerade selber auch gesagt. Aber sind sie nicht vor allem deshalb überfordert, weil sie vom Bund und von den Ländern auch finanziell alleine gelassen werden?

Rehlinger: Die Allianz ist eine andere. Es geht um die Frage, was können Kommunen und Länder gemeinsam schultern. Auf mein Bundesland blickend: Wir haben eine zentrale Landesaufnahmestelle. Das heißt, es liegt ein ganz erheblicher Anteil der Kosten tatsächlich auch bei uns. Im Übrigen würde es sicherlich am zielführendsten sein, wenn wir uns in einer ganz großen Gemeinschaft dort sehen, nämlich Kommunen, Länder und Bund. Insofern erhoffe ich mir, dass wir auf der Grundlage dessen, was wir bei den Ländern schon beschlossen haben und was ja auch zum Gegenstand der Debatte mit dem Bund jetzt gemacht werden soll, ein stabiles Finanzierungssystem hinbekommen, ein atmendes, das nicht immer wieder zu neuen Krisenipfeln führt, sondern der Lage angemessen ist und jeder weiß, dass er damit vernünftig arbeiten kann.

Heckmann: Ein atmender Deckel – das ist das, was die Länder seit Monaten fordern. Ministerpräsident Weil von der SPD fordert 10.000 Euro pro Geflüchtetem. Wie sicher sind Sie, dass Ihr Parteifreund, Bundeskanzler Scholz, und Finanzminister Lindner sich darauf einlassen bei knappen Kassen?

Rehlinger: Die Kassen sind nun mal überall knapp. Aber um ehrlich zu sein: Die wesentlichsten Instrumente der Steuerung liegen beim Bund und deshalb gibt es dort auch eine besondere Finanzierungsverantwortung des Bundes für diejenigen, die die Kosten letztendlich zu tragen haben. Ich glaube, das sind schon insgesamt gewichtige Argumente, von denen ich ausgehe, dass sie auch entsprechend gewogen werden und wir deshalb zu guten Ergebnissen kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.